

Für eine erfolgreiche Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages

Die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehene Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ist angesichts der derzeitigen Corona-Pandemie auf Beginn nächsten Jahres verschoben wurden. Die Zeit bis dahin muss genutzt werden, um auf einen Erfolg hinzuarbeiten. Als ehemalige auf der Genfer Abrüstungskonferenz tätige deutsche Diplomaten halten wir es für außerordentlich wichtig, den vor 50 Jahren in Kraft getretenen Vertrag zu erhalten und zu stärken. Er ist nach wie vor der Grundstein für die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die nukleare Abrüstung und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

Die sich verschärfende Rivalität der Großmächte und die Fragmentierung der internationalen Beziehungen bergen wachsende Gefahren auch für die europäische Sicherheit. Die Bedrohung durch Nuklearwaffen findet in der Öffentlichkeit kaum noch Beachtung. Der die internationale Politik vor allem bei der Überwindung des Kalten Kriegs und darüber hinaus erfolgreich bestimmende Doppelansatz – Gewährleistung gesicherter Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit bei *gleichzeitiger* Bereitschaft zu Dialog, Entspannung und Rüstungskontrolle – scheint hinsichtlich seiner zweiten Komponente in Vergessenheit geraten zu sein. Die Rückkehr zu einer wesentlich auf Konfrontation setzenden Politik von Präsident Trump hat die für die internationale Stabilität wichtige Rüstungskontrollarchitektur stark geschwächt. So wurde der Vertrag über die Abrüstung nuklearer Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) von den USA einseitig gekündigt. Der für militärische Transparenz wichtige Vertrag über den Offenen Himmel steht vor dem Aus, der Umfassende Kernwaffenteststopp-Vertrag (CTBT) ist immer noch nicht in Kraft getreten. Das letzte Abkommen, das noch die nuklearen Arsenale Russlands und der USA begrenzt – der New-START-Vertrag – ist akut bedroht. Wie die jüngsten vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichten Angaben zeigen, droht ein neues nukleares Wettrüsten. Die USA und Russland modernisieren nicht nur ihre nuklearen Arsenale, sondern messen darüber hinaus in ihren Verteidigungsdoktrinen den Nuklearwaffen wieder eine verstärkte Rolle zu, wobei sie auch einen Ersteinsatz in einem regionalen Kontext nicht ausschließen. Im US-Kongress gibt es Bestrebungen, Mittel für eine Wiederaufnahme von Nukleartests bereitzustellen. Auch China treibt Ausbau und Modernisierung seiner Nuklearwaffen und Trägersysteme entschlossen voran.

Es ist daher dringend geboten, der nuklearen Rüstungskontrolle wieder den ihr gebührenden zentralen Platz auf der internationalen Tagesordnung zu geben. Höchste Priorität hat dabei die Bewahrung und Stärkung des Atomwaffensperrvertrages. Für vordringlich halten wir:

1. Die USA und Russland müssen wieder eine Vorreiterrolle bei der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung einnehmen. Beide Staaten verfügen zusammen über mehr als 90 Prozent der Atomwaffen weltweit. Den neuen Gesprächen beider Staaten, die ohne Vorbedingungen geführt werden sollten, kommt daher besondere Bedeutung zu. Eine Nichtteilnahme Chinas darf nicht zu einem Vorwand für die Nichtverlängerung des New-START-Vertrags und den Verzicht auf weitere bilaterale Maßnahmen zur Begrenzung und Reduzierung der Arsenale der USA und Russlands werden. Nach dem Ende des INF-Vertrages wären zudem Maßnahmen zur Zurückhaltung bei Entwicklung und Stationierung von atomaren Mittelstreckensystemen vertrauensbildend.
2. Die USA müssen überzeugt werden, dass ein Konferenzerfolg in ihrem Interesse liegt und sie durch eine konstruktive, ergebnisorientierte und kompromissbereite Haltung entscheidend zum Erfolg der Überprüfungskonferenz beitragen können. Die USA

könnten durch konkrete Schritte wie Verlängerung des New-START-Vertrags, Einleitung der Ratifizierung des Umfassenden Teststoppvertrags sowie Rückkehr zum Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan mit Iran (JCPOA) wichtige Signale setzen und damit die internationale wie auch ihre eigene Sicherheit stärken.

3. Die fünf Nuklearwaffenstaaten des Nichtverbreitungsvertrages – USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien – sollten ihre Bereitschaft dokumentieren, ihrer vertraglichen Abrüstungsverpflichtung gerecht zu werden. Hierzu sollten sie ihr Bekenntnis zum Acquis der internationalen Rüstungskontrolle erneuern. China und die USA sollten dazu endlich den Umfassenden Teststopp-Vertrag ratifizieren. Darüber hinaus können die fünf Staaten durch verstärkte Transparenz hinsichtlich ihrer Potentiale und Doktrinen Vertrauen gegenüber den Nichtnuklearwaffenstaaten aufbauen. Wichtig wären darüber hinaus Beiträge zu strategischer Vertrauensbildung und Stabilität durch Maßnahmen, die Fehlkalkulationen verhindern und das Risiko eines Einsatzes von Nuklearwaffen vermindern.
4. Große Bedeutung hätte ein klares politisches Signal der Kernwaffenstaaten, dem grundlegenden Ziel der Verhinderung eines Kernwaffenkrieges weiterhin verpflichtet zu bleiben. Die 1985 in Genf von Präsident Ronald Reagan und Generalsekretär Michail Gorbatschow abgegebene wichtige Erklärung, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, sollte daher von allen Kernwaffenstaaten bekräftigt werden.
5. Dringend erforderlich sind Maßnahmen zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten, was 1995 als wichtige Bedingung für die unbefristete Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages angesehen wurde. An einer Konferenz über eine solche kernwaffenfreie Zone sollten alle Staaten der Region, darunter auch Israel und Iran, teilnehmen. Darüber hinaus ist es an der Zeit, dass die USA die Protokolle zu den Verträgen über kernwaffenfreie Zonen in Afrika, dem Südpazifik und Zentralasien ratifizieren.
6. Die Vertragsstaaten müssen zu Geschlossenheit und Gemeinsamkeit zurückfinden. Hierzu muss es der Genfer Abrüstungskonferenz ermöglicht werden, ihre originäre Aufgabe zu erfüllen. Alle Nuklearwaffenbesitzerstaaten sollten insbesondere aufgefordert werden, den Weg für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag zur Beendigung der Produktion spaltbaren Materials für Nuklearwaffenzwecke unter Einschluss bereits vorhandener Bestände endlich freizugeben.

Wir appellieren an die Bundesregierung, sich in diesem Sinne für einen Erfolg der Überprüfungskonferenz zu engagieren. Als EU-Ratspräsident im 2. Halbjahr kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu.

Bernhard Brasack

Rüdiger Lüdeking

Frank Elbe

Dr. Hubert Thielicke

Dr. Gerhard Herder

Dr. Adolf von Wagner

Hellmut Hoffmann

Dr. Henning Wegener